



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

*Analyse einer Rede: Antrittsrede von Bundespräsident
Christian Wulff im Deutschen Bundestag am 02.07.2010*

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de





Thema:	Antrittsrede von Bundespräsident Christian Wulff im Deutschen Bundestag am 02.07.2010
Material-Nr:	43827
Kurzvorstellung des Materials:	<ul style="list-style-type: none"> • In diesem Arbeitsmaterial wird die Antrittsrede des Bundespräsidenten Christian Wulff inhaltlich analysiert. • Dabei geht es um den inhaltlichen Kontext und die angesprochenen Themen, aber auch um die Absichten des neuen Bundespräsidenten und welche politischen, aber auch gesellschaftlichen Auswirkungen der Rede. • Gegen Ende des Arbeitsmaterials werden noch einige Reaktionen auf die Antrittsrede Wulffs erläutert.
Übersicht über die Teile	<ul style="list-style-type: none"> • Kurzes Portrait von Christian Wulff • Die Antrittsrede des Bundespräsidenten Wulff • Einleitung und Klärung des Kontexts • Inhaltliche Analyse mit Gliederung nach Abschnitten • Mögliche Absicht und Auswirkungen der Rede • Reaktionen zur Rede • Aufgaben zum Arbeitsmaterial
Information zum Dokument	<ul style="list-style-type: none"> • Ca. 6,5 Seiten, Größe ca. 176 KByte
SCHOOL-SCOUT – schnelle Hilfe per E-Mail	<p>SCHOOL-SCOUT ♦ Der persönliche Schulservice Internet: http://www.School-Scout.de E-Mail: info@School-Scout.de</p>

Elan, mit dem Seniorinnen und Senioren bei uns Verantwortung übernehmen und Gutes bewirken, zum Beispiel als Berater für Unternehmensgründer, als Vorlesepaten in Schulen und Kindergärten oder als verlässliche Mitglieder in Kirchengemeinden und ungezählten Vereinen und Verbänden in Deutschland. Diese Älteren wissen bereits, was die Jüngeren noch lernen werden: Es lohnt sich, aktiv zu sein; es macht reich, nicht an Finanzen, sondern an Freunden, nicht an Zahlungsmitteln, sondern an Zufriedenheit. Es gibt unserem Leben Sinn, und auf Sinn sind wir alle angelegt. Darum ist es so wichtig, dass unser Land viele Gelegenheiten dafür bietet, Verantwortung zu übernehmen und für andere da zu sein. In Deutschland ist die Freiheit verbürgt, Vereine und Bürgerinitiativen zu gründen. Aber diese Freiheit ist nichts ohne das Bedürfnis so unendlich vieler Bürgerinnen und Bürger, sie tatsächlich zu nutzen und alltäglich zu leben. Das gilt nach meiner festen Überzeugung auch für politische Parteien und ihre Jugendorganisationen. Sie sind allesamt hier im Hause und draußen viel besser als ihr Ruf. Sie bieten politisch Interessierten eine Heimat und ringen um die besten Lösungen für unser Land. Dennoch – das beschäftigt uns – greift das Gefühl um sich, die Parteien seien verschlossen und neigten dazu, die Herausforderungen nicht wirklich beim Namen zu nennen, die Dimensionen zu verschweigen und die politischen Angelegenheiten ziemlich unter sich auszumachen.

Erinnern wir uns: Die politischen Parteien wirken an der politischen Willensbildung des Volkes mit. So will es unsere Verfassung. Wenn nun aber immer mehr politische Entscheidungen von immer weniger in den Parteien aktiven Menschen vorbereitet und getroffen werden, dann sollten wir weniger diese Aktiven kritisieren sie sind eher noch mehr zu ermutigen und zu belobigen als vielmehr die anderen wieder stärker für die Aufgabe der politischen Selbstbestimmung begeistern und sie daran beteiligen. Das kann auf vielen Wegen und auf allen Ebenen unseres Gemeinwesens geschehen: vom kommunalpolitischen Bürgerentscheid über das Bürgerforum im Internet bis hin zum stärkeren Einfluss der Wählerinnen und Wähler auf die Listen bei Wahlen. Die politische Willensbildung unseres Volkes braucht möglichst viele unterschiedliche Bahnen, auf denen sich neue Ideen, Argumente und Mehrheiten von der Graswurzelebene bis in die Parlamente und Kabinettsäle verbreiten. Auch die Bürgerinnen und Bürger, die nicht in Parteien engagiert sind, müssen leicht die Erfahrung machen können, wie spannend die Mitarbeit an politischen Aufgaben sein kann, wie schwierig diese Aufgaben oft sind und wie befriedigend es gerade deshalb ist, im friedlichen Wettstreit gute und faire Lösungen zu erarbeiten.

Genau das geschieht tagein, tagaus. Nehmen wir nur das Sie so beschäftigende Thema der Finanz- und Wirtschaftskrise, die uns seit mehr als zwei Jahren in Atem hält. Seither lastet auf der vorhergehenden und auf der jetzigen Bundesregierung eine besonders hohe Verantwortung. Durch rasche und besonnene Entscheidungen ist es gelungen, die Folgen der Krise besser abzufedern als in nahezu jedem anderen Industrieland dieser Erde. Überall ist das Wirtschaftswachstum massiv eingebrochen, auch bei uns. Überall hat die Arbeitslosigkeit massiv zugenommen, aber nicht bei uns. Darauf kann auch die Politik, sie ist nicht allein verantwortlich, aber auch, die frühere und die jetzige Bundesregierung, stolz sein.

Es haben viele dazu beigetragen: die Tarifparteien, vorausschauende Unternehmen und verantwortungsvolle Gewerkschaften. Ich habe kein Problem damit, zu sagen, dass ich bei Volkswagen und bei der IG Metall einiges Positive gelernt und manches auch überprüft habe; auch als Bundespräsident darf man noch manches weiterhin überprüfen. Ich bin dankbar für die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die extrem viel Verantwortungsbewusstsein, Verantwortungsgefühl und Mut gezeigt haben, diese Krise mit uns gemeinsam, im Miteinander statt im Gegeneinander, zu bewältigen; denn das ist Grundlage unserer sozialen Marktwirtschaft, auf die wir dann stolz sein können, wenn es nicht nur um Rendite geht, sondern wenn es auch um Verantwortung geht, um Ethik und Moral, Verantwortung für die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ihre Familien, die Produkte, die man herstellt, die Produktionsverfahren, mit denen man sie herstellt, und für die Stadt, in der man tätig ist, die Region, in der man produziert, und das Land, in dem man sein Unternehmen betreiben darf, nämlich hier bei uns. Diese umfassende Verantwortlichkeit ist das, was wir mit sozialer Marktwirtschaft verbinden. Das unterscheidet uns von der Ellenbogengesellschaft, vom Raubtierkapitalismus und anderen Formen, die wir alle nicht wollen.

Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass sich Krisen dieser Art und dieses Ausmaßes nicht wiederholen. Darum ist es wichtig, die Verursacher der Bankenkrise in Haftung zu nehmen und den Finanzmärkten endlich gute Regeln zu geben. Das kann und das wird nur in europäischer und in internationaler Zusammenarbeit gelingen. Das macht die Aufgabe außerordentlich komplex. Deswegen bin ich geneigt

zu sagen: Darum ist niemand – auch Sie nicht – zu beneiden. Aber wer sollte es tun, wenn es nicht der Deutsche Bundestag mit der deutschen Bundesregierung und der Hilfe des Bundesrates tut? Das vereinte Deutschland ist mit seinen Nachbarn in Europa und den anderen Erdteilen so eng vernetzt wie niemals zuvor in unserer Geschichte. Unsere Wirtschaft agiert global, unsere Bürger haben weltweite gesellschaftliche und kulturelle Kontakte, viele Menschen aus anderen Ländern kommen vorübergehend oder auf Dauer zu uns. Ich sage für mich ausdrücklich: Diese Globalisierung bietet für Deutschland großartige Chancen. 82 Millionen Menschen mitten in Europa und angesehen in der Welt – das ist eine gute Grundlage dafür, dass unsere Wirtschaft profitiert vom europäischen Binnenmarkt, vom Euro, von weltweiten Absatzmärkten und vom Handel. Unsere Bürger reisen in alle Welt, und wir haben gerne die Welt zu Gast.

Gleichzeitig stehen wir vor gigantischen globalen Problemen, die Deutschland nicht alleine wird lösen können, wie dem Klimawandel, der Wirtschafts- und Finanzkrise, der Migration, der Bedrohungen unserer Sicherheit durch Terrorismus und organisierte Kriminalität und andere Fragen, und wir müssen auf ständige Änderungen im internationalen Umfeld eingestellt sein. Die Bevölkerungszahl steigt in weiten Teilen der Welt an, in Europa und gerade in Deutschland ist sie rückläufig. Es wäre auch darüber intensiver zu reden, was wir daran ändern können. Schwellenländer wie Brasilien, China und Indien wachsen dynamisch. Viele Länder entwickeln ihr demokratisches System, ihren Rechtsstaat und heben den Lebensstandard ihrer Bevölkerungen, aber es gibt eben auch in weiten Teilen der Welt Armut, Unterentwicklung, fragile Staaten, Ressourcenknappheit, Naturkatastrophen und Krisen.

Für die Gestaltung des Globalisierungsprozesses brauchen wir einen festen Ankerpunkt, und das kann aus meiner Sicht nur die Europäische Union sein. Sie ist ein einzigartiges Friedens-, Werte- und Wohlstandsprojekt, mit dem die Völker unseres Kontinents eindrucksvoll die Konsequenzen aus Jahrhunderten von Kriegen und Zerstörung gezogen haben. Wir dürfen hier im Reichstag, in unserer Hauptstadt, niemals vergessen, welche Lehren Europa machen musste und welche Konsequenzen es aus diesen Lehren gezogen hat. Es ist ein großes Friedens-, Werte- und Wohlstandsprojekt. Dieses europäische Projekt sollte Deutschland weiterhin als fairen Partner und Unterstützer erleben. Auch wenn in der augenblicklichen Finanz- und Schuldenkrise großer Anpassungsbedarf sichtbar wird, so steht außer Zweifel, dass wir mit dem Lissabon-Vertrag eine politische und wirtschaftliche Integration erreicht haben, die jedenfalls uns Europäern erlaubt, kraftvoll und gemeinsam zu handeln, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen. Wir Deutsche sind offen für die Kooperation mit allen anderen Teilen der Welt auf der Grundlage gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens. Dazu müssen wir andere Kulturen besser kennen- und verstehen lernen. Wir müssen auch hier auf andere zugehen und den Austausch verstärken.

Wir müssen unser Land weiter internationalisieren. Das können wir schon hier bei uns einüben in unserer Bundesrepublik, in unserer bunten Republik Deutschland. Unsere Vielfalt ist zwar manchmal auch anstrengend, aber sie ist letztlich Quelle der Kraft und der Ideen und eine Möglichkeit, die Welt mit anderen Augen zu sehen und aus unterschiedlichen Blickwinkeln kennenzulernen. Wir sollten neugierig sein und ins Gespräch kommen. Besonders dazu will ich in den kommenden Jahren beitragen. Wenn viele sich dafür begeistern, dann werden wir unser Land und was in ihm steckt ganz neu entdecken. Ich bin überzeugt: Dann wird es uns auch in Zukunft gelingen, häufig zu erleben, so fröhlich und so staunend auf das zu blicken, was Ihnen, was uns gemeinsam gelungen ist – ganz wie damals vor dem hier vor 15 Jahren verhüllten Reichstag.“

M3: Einleitung und Klärung des Kontexts

Nach der Vereidigung und der damit verbundenen Übernahme des Amtes des Bundespräsidenten wird das Amt mit einer Rede vor dem Bundestag und dem Bundesrat angetreten – die sogenannte *Antrittsrede*. Dabei handelt es sich um eine politische Tradition, aber auch um einen ersten Einblick in die zukünftigen Aufgaben des neuen Bundespräsidenten.

Christian Wulff hat mit seiner Antrittsrede insbesondere an den sozialen Zusammenhalt und die Integration von Menschen mit Einwanderergeschichte in der deutschen Gesellschaft appelliert. Welche Themen er in seiner Rede im Einzelnen noch angesprochen hat, wird nachfolgend detailliert dargestellt.



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

*Analyse einer Rede: Antrittsrede von Bundespräsident
Christian Wulff im Deutschen Bundestag am 02.07.2010*

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de

